

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: N. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.  
 Halle a. S. Jul. Bark & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heinrich Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### In letzter Stunde

empfiehlt auch der Vorstand der deutsch-freimünnigen  
 Partei seinen Parteigenossen, die im ersten Wahl-  
 gang für Max Brömel gestimmt, in der Stichwahl für  
 Herrn Max Brömel einzutreten, wie dies schon  
 seitens der Konservativen, Katholiken und Anti-  
 semiten geschehen ist.

In letzter Stunde möchten wir aber  
 auch noch einmal an alle Wähler, denen das In-  
 teresse des Vaterlandes am Herzen liegt und welche  
 wünschen, daß Bürgerinn und Bürgerinn kein  
 leerer Wahnsinn, die Stille rufen, ihr Wahl-  
 recht auszuüben und ihre Stimme abzugeben für  
 Herrn Max Brömel!

In letzter Stunde mögen aber auch  
 die Arbeiter bedenken, daß die Versprechungen der  
 sozialistischen Führer auf die Glückstage der Zu-  
 kunft eben nur Versprechungen ohne Gewähr sind,  
 schöne Redensarten ohne Aussicht auf Erfüllung,  
 denn keiner dieser Führer war bisher in der Lage,  
 ein Bild des Zukunftsaufbaues zu entwickeln, weil  
 dieser eben ein Utopie ist. Arbeiter! Laßt Euch  
 daher noch in letzter Stunde raten, bedenket wohl,  
 daß Euch und Eure Familien leere Versprechungen  
 nicht helfen können, nur unter dem Schutze des  
 Friedens und einer geregelten Regierung kann  
 Euer Wohl blihen und kann rechtliche Arbeit ge-  
 schehen. Herr Max Brömel hat versprochen, für  
 die Unternehmungen einzutreten, welche in den  
 nächsten Jahren Tausenden von Stettiner Ar-  
 beitern lobende Arbeit bringen werden. Laßt  
 Euch daher nicht durch die Könnkompete der  
 sozialistischen Heißsporne betören oder einschüchtern,  
 sondern tretet ein für den Mann, dem Euer Wohl-  
 ergehen ebenso am Herzen liegt, als das Interesse  
 aller Gewerbe, des Handels und des Aufstiehs  
 Stettins, wählt Max Brömel.

In letzter Stunde möchten wir aber  
 nochmals alle Wähler daran erinnern, daß jede  
 Stimme notwendig sein wird, um den Sieg  
 Brömel zu sichern, sei daher Niemand  
 lässig und mache nicht nur von seinem Wahlrecht  
 selbst Gebrauch, sondern veranlasse auch sämtliche  
 Freunde, zur Wahlurne zu treten. Der Wahlact  
 beginnt Vormittag 10 Uhr und wird  
 Nachmittag 6 Uhr präzis geschlossen, es  
 ist aber dringend nötig, rechtzeitig zur Wahl zu  
 gehen, weil dadurch den Vertrauensmännern die Arbeit  
 wesentlich erleichtert wird. Bemerken wollen wir  
 noch, daß Wahlzettel, welche neben dem Namen  
 des Wahlführers auch den Namen des Wäh-  
 lers tragen, ungültig sind, wie dies im ersten  
 Wahlgang bei vielen für Brömel abgegebenen Stim-  
 men der Fall war.

Also nochmals: Alle Mann zur Wahl! Und  
 wer eintreten will für deutsche nationale Ehre und  
 Kraft, wem deutscher Bürgerinn und Bürger-  
 tugend noch hoch gilt, wer einer gesicherten Zu-  
 kunft entgegenzehen will, der wähle

### Max Brömel.

### Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Bei dem diesjährigen  
 Heeresergänzungs-Geschäft sind, wie die „Post“  
 berichtet, 21 074 völlig brauchbare Leute zurück-  
 gestellt worden, weil sie über den schon nach Ab-  
 gabe der neuen Militärvorlage erhöhten Rekruten-  
 bedarf überschüssig waren.

Die „Freimünne Zeitung“ knüpft hieran die  
 Bemerkung, daß wir nach Annahme der jetzigen  
 Militärvorlage noch die Forderung einer weiteren  
 Heeresverstärkung um etwa 50 000 Mann zu er-  
 warten hätten, um auch diese 21 074 Mann, die  
 nach den neuen Rekrutierungs-Bedingungen völlig  
 brauchbar sind, in zweijähriger Dienstzeit aus-  
 bilden zu können.

Die Bemerkung der „Freimünne Zeitung“  
 ist charakteristisch für die ganze Art, in welcher  
 von vollparteilicher Seite die Militärvorlage  
 bisher befähigt worden ist. Lange Zeit und bis  
 in die letzte Zeit hinein wurde verächtet, daß die  
 Militärvorlage einfach unmöglich sei, weil die ver-  
 langte Erhöhung der Rekrutenziffer es mit sich  
 bringe, daß man auch minder Taugliche in das  
 Heer einstelle und dadurch dessen Qualität ver-  
 schlechtere. Man erzählte sogar von Einzügigen,  
 Sündentüm und Epileptischen, die als Rekruten ein-  
 gestellt seien. Jetzt stellt es sich heraus, daß völ-  
 lig brauchbare Leute nicht bloß in der verlangten  
 Zahl, sondern darüber hinaus vorhanden sind,  
 und nun führt man daran nicht etwa das Be-  
 kenntnis, daß man sich in der früheren Opposition  
 geirrt, sondern die Ankündigung einer erneuten  
 Heeresverstärkung. Es ist aber thätlichst nie-  
 mals gesagt worden, daß wirklich der letzte brauch-  
 bare Mann auch eingestellt werden müsse. Das  
 geht bei uns schon deswegen nicht an, weil die  
 Zahl der brauchbaren Leute nicht von Jahr zu  
 Jahr dieselbe bleibt und darum eine gewisse Marke  
 vorhanden sein muß. Endlich würde die Einstel-  
 lung von 21 074 Rekruten mehr bei der zweijähr-  
 igen Dienstzeit nicht eine Heeresverfärkung von  
 50 000, sondern von 42 128 Mann bedingen, zu-  
 züglich einer entsprechenden Anzahl von Unter-  
 officieren und Offizieren. Daß man für 42 128  
 Soldaten nicht ca. 8000 Offiziere und Unteroffi-  
 ziere braucht, liegt wohl auf der Hand.

Endlich aber soll gar nicht verschwiegen sein  
 — wir haben im Gegenteil hieraus schon früher  
 ausdrücklich aufmerksam gemacht — daß es eine  
 Täuschung der Bevölkerung ist, wenn man ihr  
 vorredet, die Entwicklung des Heereswesens  
 könne irgend wann einmal stillstehen. Das  
 deutsche Reich hat jetzt etwa fünfzig Millionen  
 Einwohner. Wenn es jetzt fünfzig Millionen Ein-  
 wohner haben wird, so wird es aller Wahrscheinlich-  
 keit nach eine entsprechend größere Armee im Friede  
 aufstellen als jetzt.

Wie alles, was von sozialdemokratischer  
 Seite gegen den „Militarismus“ des herrschenden  
 Systems eingewendet wird, ist auch die angeblich  
 friedliche Tendenz der internationalen Proletarierbe-  
 wegung eitel Lug und Trug. Der Haß und  
 Brodelnd, der in den proletarischen Volkskriegen  
 lebt, spiegelt sich nur zu deutlich in den Arbeiter-  
 schreien wider, welche überall an der Tagesordnung  
 sind, wo die Massen auf sozialdemokratischer  
 Schlucht hören. In Frankreich ist jeder fremd-  
 ländische Arbeiter den einheimischen ein  
 unwillkommener und überflüssiger Mitbewerber  
 um das tägliche Brod verhaßt, insbesondere der  
 Deutsche ist in Arbeit oder Stellung davor so gut  
 wie vogelfrei. In Belgien herrscht seitens der  
 einheimischen Arbeiter die größte Erbitterung  
 gegen die französischen „Genossen“ wegen der zahl-  
 losen Vergewaltigungen, die sich letztere gegenüber

ihrer belgischen Kameraden zu Schulden kommen  
 lassen. In England sind verschärfte Maßregeln  
 gegen die Einwanderung festländischer Arbeiter ver-  
 hängt, ebenfalls auf Andringen der heimischen  
 Arbeiter. In Bern haben erst in allerjüngster  
 Zeit erste Ausbreitungen der schweizerischen  
 Arbeiter gegen ihre inoffiziellen italienischen Ge-  
 nossen stattgefunden, welche sogar noch diploma-  
 tische Auseinandersetzungen zwischen den Regie-  
 rungen beider Staaten nach sich ziehen werden.  
 Und wie sieht es unter diesem Gesichtspunkte bei  
 uns aus? Die Antwort auf diese Frage ertheilt  
 eine in der Mittwochsnummer des „Vorwärts“  
 enthaltene Notiz, worin konstatiert wird, daß „ge-  
 rade die Berliner Arbeiter und ganz besonders die  
 „gelernten“ oder sonst besserstehenden des pol-  
 nischen Arbeiter direkt feindlich gegen übersehen,  
 daß die erwählten Berliner Arbeiter „es geradezu  
 als Sport betreiben, solchen „Polladen“ in der  
 brutalsten Weise entgegenzutreten, dieselben auf  
 die raffiniertste Weise zu chikanieren und ihnen so-  
 lange zuzusetzen, bis dieselben aus Verzweiflung  
 entweder die Arbeit aufgeben müssen oder aber —  
 was leicht begreiflich — Gleiches mit Gleichem  
 vergelten und handgreiflich werden, um dann eben-  
 falls den Kürzeren zu ziehen“. Um die Friedens-  
 liebe, die Eintracht und die Brüderlichkeit unter  
 dem sozialdemokratischen Proletariat ist es also,  
 wie man sieht, nichts weniger als glänzend be-  
 stellt, im Gegenteil, man darf mit gutem Zug  
 annehmen, daß es am letzten Ende just der vielge-  
 schmähten „Militarismus“ ist, dessen stramme  
 Autorität durch die rüchleren und verwiltigteren Aus-  
 brüche des Konfurrenzweibes von Arbeitern gegen  
 Arbeiter in Schanden hält und dadurch den  
 wahren Interessen der Arbeiter eine Wohltat er-  
 zeugt, welche an Werth nicht verliert, weil sie  
 von den sozialdemokratischen Verunglimpfern der  
 Arme und ihrer berechtigten Forderungen conse-  
 quent todgeschwiegen wird.

Die fortschrittlichen Blätter stehen jetzt  
 mit einander vielfach in Zwist. So schreibt das  
 „Berl. Tagebl.“:

„Die „Freimünne Zeitung“ ist plötzlich über-  
 aus empfindlich geworden. Nachdem sie Jahre  
 lang diejenige Presse, die nicht stutz ihrer Dro-  
 ge folgte, auf das unverkennbarste angerepelt, nach-  
 dem sie und speziell während der ganzen Wahl-  
 periode fast tagtäglich zu lateinischen den Mut  
 hatte, wundert sie sich heute mit einer Naivität  
 ohne Gleichen, daß es endlich einmal so aus dem  
 Wals zurückfällt, wie sie hineingekommen. Die  
 „Freimünne Zeitung“ ist es, die seit Jahren den  
 unberechtigten Mentor gespielt hat. Sie hat wäh-  
 rend der Wahl- und Stichwahlzeit in kleinen wie  
 in großen Dingen stets Zwietracht sät. Sie  
 hat den großen und den kleinen Mann über die  
 diejenigen ausgeprochen, die eine eigene Meinung  
 innerhalb der Partei zu haben wagten. Sie hat  
 die publizistische Linien eingeführt, nicht die Zeit-  
 ungen, sondern die Person zu bekämpfen. Und  
 sie ist es endlich gewesen, die den Ton eines  
 Theils der freimünne Presse auf eine Stimmgel  
 abgelassen hat, die für das Ohr jedes  
 einigermaßen ästhetisch Gebildeten ungemessene  
 Verlegen lang. Und heute, da das ganze latente  
 System, welches sie vertrat, sich als völlig ab-  
 wirtschaftet erweist, hat sie die Stin, ihr Er-  
 stannungen darüber auszusprechen, wenn man auch  
 nur den leisesten Versuch macht, ihr Gleiches mit  
 Gleichem zu vergelten. Das von Herrn Eugen  
 Richter begründete Blatt sollte sich doch endlich  
 merken, daß Schreien nichts hilft, sondern daß  
 nur Thatsachen beweisen. Daß diese Thatsachen  
 so sehr zu Ungunsten seines Begründers ausge-  
 fallen, ist seine und nicht unsere Schuld. So  
 lange sich die „Freimünne Zeitung“ nicht bessere  
 journalistische Qualitäten angewöhnt, so lange  
 wird ihr in der Tonart gebieten werden, die sie  
 angefragt. Denn schon das alte deutsche Sprich-  
 wort sagt: „Auf einen groben Klotz gehört ein  
 grober Keil.“

Betreffs der Stichwahl in Siegen haben  
 die Verhandlungen der National liberalen mit dem  
 Freisinn zu einem guten Ergebnis geführt, indem  
 erbeile die Erklärung abgegeben hat, die Kan-  
 didatur Drester mit allen Kräften unterstützen zu  
 wollen. Es werden sogar, wie die „Allg. Ztg.“  
 berichtet, die vier Parteireder Professor Dr.  
 Stengel-Warburg, Rechtsanwalt Dr. Helff-Fran-  
 furth a. M., Rechtsanwalt Mauler-Dortmund und  
 Friedrich Schupp-Berlin hierher kommen, um von  
 heute an im Wahlkreise für die national liberalen  
 Kandidatur zu sprechen. Außerdem werden die  
 national liberalen Parlamentarier Buttner und  
 Friedberg im Wahlkreise erscheinen. Der Kan-  
 didat selbst, Kommerzienrath Drester, hat sich ent-  
 schlossen, seine Badetur in Homburg zu unter-  
 brechen und persönlich vor seine Wähler zu treten.  
 Wenn nun auch das Zentrum und die Bodelmannen  
 mit ihren 150 Stimmen für Drester eintreten  
 werden, so hat doch der endliche Sieg Dresters  
 durch die genannten Umstände sehr an Wahr-  
 scheinlichkeit gewonnen.

Die deutsch-österreichische Gesellschaft ver-  
 sendet ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1892.  
 Die Pflanzung Derema, auf der 80 000 Kaffeebäu-  
 mchen angepflanzt sind, befindet sich nach dem  
 bisherigen Stand der Pflanzungen zu der Er-  
 wartung, daß dort, auf den Hochflächen der Berg-  
 landschaft Hambara, die richtigen Erzeugungs-  
 bedingungen für Kaffe geanden worden sind.  
 Auch die auf Derema in geringerem Umfange an-  
 gestellten Pflanzungsversuche mit Thee, Kafao und  
 Kardamom haben bis jetzt zufriedenstellende Re-  
 sultate ergeben. Auf der jüngeren Pflanzung  
 Aguelo sind bereits 35 000 Kaffeebäume mit  
 gleich guten Aussichten auf Erfolg angepflanzt  
 worden. Der im Sommer v. J. mit der Ein-  
 führung von chinesischem und japanischem Kulis  
 gemachte Versuch darf in der Hauptsache als ge-  
 lungen gelten. Die Mehrzahl der Savanen und  
 Schimueln leistet auf Derema und Aguelo vor-  
 treffliche Dienste, und die Eingeborenen haben,  
 seitdem die Gesellschaft nicht mehr ausschließlich  
 auf ihre Dienste angewiesen ist, gelernt, sich dem  
 Zwange der Regelmäßigkeit der Arbeit zu fügen,  
 und ihre Lohnforderungen ermäßigt. Die Baum-  
 wollepflanzung Kigoue entwickelt sich langsam,  
 aber stetig; im laufenden Jahre wurden 50  
 Morgen mehr bestellt als im Jahre 1892. Zu  
 dem Eisenbahnbau Tanga-Kerogwe sind die tech-  
 nischen Vorarbeiten bis Bombua beendet, der  
 eigentliche Bahnbau soll zu Anfang 1895 für die  
 Strecke von Tanga bis Muhaja fertiggestellt und  
 alsdann für den Verkehr zwischen Muhaja bis Kerogwe in  
 Angriff genommen werden. Bei den kauf-  
 männlichen Unternehmungen hat die Gesellschaft  
 durch den fortgesetzten Rückgang des Silbers den

beträchtlichen Verlust von 122 272 Mk. zu ver-  
 zeichnen. Die Waaren-Einfuhr nach und die  
 Produktent-Ausfuhr von Ostafrika haben sich im  
 Jahre 1892, soweit man nach den Zolleinzählungen  
 urtheilen kann, ziemlich auf gleicher Höhe wie  
 in 1891 gehalten, denn die Zolleinzählungen haben  
 1892 776 377, 1891 786 722 Krupen betragen.  
 Von den Küstenstationen haben im Berichtsjahre  
 wenigstens zwei, Bagamoho und Kilwa, einen  
 Nutzen aufzuweisen, während die übrigen Zweig-  
 häuser in Dar-es-Salaam, Tanga, Pangani,  
 Kibi, Mufundani und Nossibe wie im Vorjahre  
 mit Verlusten arbeiteten. Insgesamt beträgt der  
 Reingewinn der Gesellschaft 205 560 Mk., ein  
 schließlich eines Vortrages von 117 154 Mk. aus  
 dem Vorjahre, was die Verteilung einer Dividende  
 von 5 v. H. auf 1 873 000 Mk. Vorkurs-  
 theilchen mit 25 v. H. Einzahlung ermöglicht.

Ueber Maßregeln gegen den Futtermangel  
 schreibt die „Nat.-Abd. Korr.“:

Vor Allem ist der kleinere Bauer, der  
 seinen Viehbestand schlechterdings nicht mehr durch-  
 zufeuern weiß. Wer die Folgen dieses Zustandes  
 ausbent, kann nicht zweifeln, daß unser Bauern-  
 stand geradezu in seiner Existenzfähigkeit er-  
 schütterter wird, und es ergibt sich daraus die  
 Nothwendigkeit, daß für die Erhaltung dieses so  
 wichtigen Gliedes in unserem Volkstörper seitens  
 der Gesamtheit schleunige Hilfe beschafft werden  
 muß. In verschiedenen deutschen Staaten werden  
 bereits Mittel und Wege, um der Landwirthschaft  
 den Bezug wohlseliger Futtermittel möglichst zu  
 erleichtern, offiziell erwogen; in Preußen hat die  
 Eisenbahnverwaltung mit einer Tarifermäßigung  
 für diese Gegenstände eingegriffen. Durchgreifend  
 wird damit indeß kaum zu helfen sein, wenn nicht  
 auch für die Gewährung von Vorschüssen an die  
 Nothleidenden gesorgt wird. Man darf wohl er-  
 warten, daß das preussische Abgeordnetenhaus  
 baldmöglichst nach seinem Wiedereintritt in  
 der nächsten Woche sich der Frage annehmen  
 wird. Die Aufgaben, um welche es sich hier  
 handelt, fallen ja zumeist in den Wirkungsbereich  
 der Einzelstaaten. Aber auch das Reich kann  
 mitwirken. Besonders dürfte eine zeitweilige Auf-  
 hebung des Zolles auf Mais und Delfaden zu  
 erwägen sein. Ebenfalls darf man nirgends  
 zögern, die in Rede stehende Nothlage mit dem  
 ganzen ihr gehörenden Ernste zu behandeln.

Posen, 22. Juni. Auf direkte Anfrage hat  
 der erste Bürgermeister Wolff aus Schneidemühl  
 telegraphisch mitgeteilt, daß der bisherige Schaden  
 noch unberechenbar sei, doch nicht auf mehrere  
 Millionen, sondern auf nahezu eine Million Mark  
 geschätzt werde. Der Oberpräsident v. Wilmowitz  
 trifft aus Posen heute Abend in Schneidemühl ein.  
 Der Ober-Bergbauhauptmann Freund und Ge-  
 heimer Oberbauhaußkammer sind nach Berlin,  
 Bergrath Krichow nach Schneid abgereist. Die  
 Lage ist etwas ruhiger.

Lübeck, 22. Juni. Bei der heute stattge-  
 habten Reichstags-Stichwahl erhielt Dr. Goerg  
 (freis. Verg.) 823 Stimmen, Schwarz (Sozial-  
 dem.) 7569. Ersterer ist somit gewählt.

Gottha, 21. Juni. Bei der Geburtstags-  
 feier des Herzogs sind herkömmlicherweise viele Orden  
 und Titel verliehen worden. Unter den Ausge-  
 zeichneten befindet sich Gustav Freitag, der zum  
 Wirklichen Geheimrath mit dem Titel Excellenz  
 ernannt wurde.

### Schweiz.

Bern, 20. Juni. Der gestrige blutige  
 Kravall in der Bundesstadt war vorbereitet und  
 zeigte, wie weit auch hier die sozialdemokratische  
 Verhekerung schon gediehen ist. Die Einleitung  
 bestand in einem Nachmittags von etwa 60 Mann  
 ausgeführten Angriff auf arbeitende italienische  
 Maurer, von denen mehrere ziemlich schwer ver-  
 wundet wurden. Dann zog der Haufe, nachdem  
 er ein halbes Duzend seiner Leute in den Händen  
 der Polizeimannschaft gelassen, nach mehreren  
 andern in der Nähe gelegenen Bauplätzen, ver-  
 säufte sich durch Gleichgültigkeit, verjagte die  
 andern und richtete sodann gegen Abend seinen  
 Marsch nach dem Mittelpunkt der Stadt, wo  
 der Gefängnisthurm steht. Hier forderten sie  
 die Herausgabe der Verhafteten, und als dem  
 nicht entsprochen wurde, begann der Angriff gegen  
 die durch Verriegelung vertheidigter anderer Punkte  
 geschwächte Polizeimannschaft mit einem Hagel  
 von Steinen. Die Polizei wärte sich nach  
 Kräften mit gezogenen Waffen und nahm noch  
 weitere Verhaftungen vor, als aber gegen 9 Uhr  
 Abends ein Haufen von mindestens 400 Arbeitern  
 mit Trommeln voraus herandrückte und sofort im  
 Bombardement begann, sah sie sich gezwungen, den  
 Platz vor dem Gefängnis aufzugeben und sich in  
 in letzterem einzuschließen. Das war das Signal  
 für den geplanten Massenangriff. Krachend stürzten  
 schwere Steine gegen die Thür, alle Scheiben des  
 Gebäudes wurden zertrümmert und als eine kleine  
 Abtheilung Polizeibeamten herbeieilte, kam es zu  
 einem wilden Handgemenge, an dem sich auch die  
 ausbrechende Wachmannschaft beteiligte. Hier  
 kamen die meisten Verwundungen vor. Die be-  
 waffnete Macht, bestehend aus 60 Mann, hielt  
 sich sehr gut gegenüber der wüthenden Menge,  
 und als auch Abtheilungen der Feuerwehr,  
 durch Sturmthüren gerufen, sich einstellten und  
 eine freiwillige Bürgerwehr sich zu bilden begann,  
 da vermochten die Kubstörer nichts mehr auszu-  
 richten, wenn die Steinvürfel auch fortgesetzt  
 wurden. Kurz nach Mitternacht fand ein letzter  
 verheerlicher Anlauf gegen das Gefängnis statt,  
 dann aber kamen die ersten Truppen von Thun,  
 und nun gingen diese, verstärkt durch Polizei,  
 zum Angriff über. Das letzte dem Kravall ein  
 Ende. Der Rest der Nacht verlief ruhig, wenn  
 auch die unbemühten Gestalten in kleineren  
 Gruppen sich noch in den Straßen blicken ließen.  
 Um 5 Uhr zog ein Rekrutenbataillon ein, das die  
 wichtigsten Posten besetzte und heute die Arbeits-  
 plätze besetzt. Ob eine Wiederholung statt-  
 findet, muß abgewartet werden; die sozialdemo-  
 kratische Arbeiterkraft hat damit gedroht. Aber  
 es wird auf jeden Fall von ihr nichts ausge-  
 richtet werden, denn die Behörden sind jetzt ge-  
 wohnt. Der Zeitpunkt für diesen ersten Versuch,  
 die „Arbeiterbataillone“ ans Feuer zu gewöhnen,  
 war nicht schlecht gewählt, da am Sonnabend  
 alle in Bern anwesenden Truppen entlassen wor-  
 den waren. Wie bereits gemeldet, blieben etwa  
 70 Kurwähler verhaftet. Die Zahl der schweren  
 Verwundungen wird verschieden angegeben, wird  
 aber mindestens 50 betragen.

### Niederlande.

Saag, 22. Juni. In der heutigen Kammer-  
 sigung wurde die Regierung über das preussische

Pferdeausfuhrverbot über die Grenze Groningen-  
 Düstriesland interpellirt. Mehrere Abgeordnete  
 tabelten die willkürlichen und oft durchaus nicht  
 motivirten Grenzverordnungen der holländischen  
 Regierungen gegenüber Deutschland und Belgien,  
 so z. B. die seitens Hollands gemachten, für die  
 deutschen Brauereien so drückenden Bestimmungen,  
 die willkürlichen Maßnahmen bei der Dünger-  
 einfuhr, das Einfuhrverbot belgischen Viehs,  
 die Gebührenerhebung von den deutschen Schiffen  
 u. s. w., und meinten daraus die Härte der  
 deutschen Verordnungen auf den Grenzverkehr  
 mit Holland erklären zu müssen. Man empfahl  
 der Regierung, den von Seiten Deutschlands  
 ergriffenen Repressalien in Zukunft durch eine  
 möglichst lokale Haltung vorzuziehen. Der  
 Minister des Aeußeren erklärte, darauf Acht  
 geben zu wollen, daß bei der Ausübung  
 der Grenz-Verordnungen die nöthige Milde  
 beobachtet werde. Er beabsichtigt, zu versuchen,  
 durch internationale Uebereinkunft bezüglich des  
 Grenzverkehrs zu einem Vergleich zu gelangen.  
 Die Aufhebung des erwählten Pferdeausfuhrver-  
 bots seitens Preußens werde voraussichtlich schon  
 in wenigen Tagen erfolgen.

### Belgien.

Brüssel, 21. Juni. Heute Morgen um  
 11 Uhr hat sich die Kommission der Antwerpener  
 Weltausstellung für das Jahr 1894, welche be-  
 auftragt ist, die belgischen Produzenten zur Theil-  
 nahme an der Antwerpener Ausstellung aufzu-  
 fordern, zu einer Plenarversammlung der 66  
 Abtheilungen der Kommission im Akademiepalast  
 eingefunden.

Die sehr zahlreiche und bedeutungsvolle Ver-  
 sammlung wurde durch den Minister des Acker-  
 baus, der Industrie und der öffentlichen Arbeiten  
 präsidirt. Die Sitzung wurde durch eine lange  
 Rede des präsidirenden Ministers Debruyne er-  
 öffnet, derselbe bebaunerte zuerst den zwischen der  
 Antwerpener und Brüsseler Ausstellung einge-  
 bildeten und nur scheinbar bestehenden Antago-  
 nismus; eine schlecht inspirirte Opposition habe  
 eine dieser Ausstellungen durch die andere be-  
 kämpfen wollen, während jede der beiden Ausstel-  
 lungen ganz verschiedene Ziele haben und beide  
 sich gegenseitig ergänzen sollten.

Die Ausstellung von Antwerpen, welche in  
 allererster Reihe kommerzielle und industrielle  
 Interessen habe, werde vor Allem die belgischen  
 Fabrikanten interessieren. Die Ausstellung von  
 Brüssel habe speziell moralische und sozial-  
 Interessen im Auge. Der Minister Debruyne wies  
 darauf auf das große Interesse hin, welches  
 Frankreich und Deutschland daran habe, in Bel-  
 gien wirklich vollkommenen Ausstellungen zu sehen.  
 Von diesen Ländern wie von verschiedenen anderen  
 sagte der Minister, habe die Regierung die Ver-  
 sicherung einer offiziellen oder offiziellen Theil-  
 nahme. Dank den Schritten der belgischen Ver-  
 treter in Chicago sei es sicher, daß ein großer  
 Theil der europäischen gegenwärtig in Chicago  
 ausgestellten Produkte nächstes Jahr in An-  
 twerpen zu sehen.

Ganz besonders reich ausgestattete Abtheilun-  
 gen werden auf der Antwerpener Ausstellung auf  
 Veranlassung des Ministers der öffentlichen  
 Arbeiten Bierbrauerei, die Velociphabrikation, die  
 Seifenfabrikation und die Fischzucht erhalten.

Die Rede des Ministers Debruyne, welcher  
 durch einen warmen Appell an alle Mitglieder  
 der Kommission, sowie an alle Belgier, nach  
 Kräften für die Antwerpener Ausstellung, deren  
 Gelingen für die belgische Nation ein point  
 d'honneur sei, zu agitiren, beschlossen wurde,  
 wurde mit großem Beifall aufgenommen.

### Frank reich.

In der französischen Deputirtenkammer legte  
 gestern die Regierung das französisch-russische  
 Handelsübereinkommen vor. Nach demselben wird  
 Russland der Minimaltarif für Petroleum zuge-  
 standen; der Zoll wird damit für rohes Petroleum  
 auf 9 Franks, für raffiniertes auf 12,50 Franks  
 festgesetzt. Russland gestattet dagegen Frankreich  
 seinen Minimaltarif mit Verabsetzungen für 51  
 französische Produkte zu; unter letzteren befinden  
 sich Gewebe von gekämmter Wolle, für die der  
 Zoll um 20 Prozent, gewisse Tricotagen und  
 Strumpfwirkerwaren, für welche der Zoll eben-  
 falls um 20 Prozent herabgesetzt wird, und Weine  
 in Flaschen, für welche der Zoll um 15 Prozent  
 herabgesetzt wird.

Die gestrige Sitzung war überaus zahlreich  
 besetzt, schon vor Beginn derselben herrschte eine  
 lebhaft Bewegung. Millevoye richtete die bereits  
 angekündigte Anfrage über den Stand der Unter-  
 handlungen zwischen Frankreich und England be-  
 züglich der Auslieferung des Cornelius Herz an  
 die Regierung. Der Ministerpräsident Dupuy er-  
 klärte, die Regierung beschäfigte sich noch fort-  
 dauernd mit der Auslieferung von Herz. Letzterer  
 sei aber augenblicklich nicht reisefähig. Millevoye  
 erwiderte, England bediene sich der im Besitz von  
 Herz befindlichen Geheimnisse, aber es sei eine noch  
 schwerer wiegende Angelegenheit ins Auge zu  
 fassen. Es gäbe einen Deputirten, welcher die  
 Preisgebung von Afrika verlangt und dazu beige-  
 tragen habe, daß Frankreich auf seine Rechte in  
 Egypten verzichtete. Millevoye wurde hier von  
 dem Präsidenten unterbrochen und wandelte darauf  
 seine Anfrage in eine Interpellation um; der  
 Präsident lehnte es indeß ab, diese Interpellation  
 wegen der Fassung derselben zur Verlesung zu  
 bringen. Bourguery de Voisier wünscht über  
 die Angelegenheit Herz und Arton zu interpelliren,  
 sowie über die auf der englischen Botschaft ge-  
 stobenen Papiere. Der Ministerpräsident Dupuy  
 erwiderte, die Regierung habe alles Mögliche ge-  
 than, die Festnahme von Cornelius Herz zu er-  
 wirken, und werde es weiter thun, um die Aus-  
 lieferung herbeizuführen. Was die angelich  
 gestobenen Dokumente angehe, so habe sich hiermit  
 nur die Gerichtsbehörde zu befassen, die Unter-  
 suchung in dieser Angelegenheit sei eingeleitet.  
 (Lebhafte Beifall.)

Nach Millevoye nahm Clemenceau das Wort  
 und verlangte von Millevoye und Deroulede Ver-  
 weisung für ihre Behauptungen, daß er Frankreich  
 für Geld verrathen habe. Er forderte sie auf,  
 Beweisstücke beizubringen. Millevoye erklärte,  
 ein von den Mauritsius-Inseln gehöriges Individuum  
 habe in der englischen Botschaft täglich Briefe ab-  
 geschrieben (Kam, Zwischenrufe). Millevoye ver-  
 ließ eine Stelle aus einem Herz betreffenden  
 Schreiben. Der Präsident der Kammer und der  
 Minister Delleve legen gegen die Verlesung Ver-  
 wahrung ein. Ein Mitglied der Kammer ver-  
 langte, daß die Kammer sich als geheime Kom-

mission erkläre. Millevoye setzt die Verlesung der  
 Briefe fort, verbreitet sich über die Debringaffaire,  
 über eine Korrespondenz Ribot's, über Verhand-  
 lungen bezüglich einer Allianz zwischen den Bel-  
 gischen Staaten und Rußland, über die Lage  
 Belgiens und ruft durch seine Ausführungen leb-  
 hafte Bewegung und Hohngeklächer hervor. Mehr-  
 rere Redner weisen auf die Unwahrscheinlichkeit hin,  
 daß die von Millevoise vorgebrachten Schrift-  
 stücke echt seien. Delleve erklärt, er glaube, daß  
 Millevoise das Opfer einer verabschwörten Mysteri-  
 fication sei. Deroulede erhebt sich und er-  
 klärt, daß er sein Mandat nicht niederlege. Millevoise  
 verliest des Weiteren ein Aktenstück, welches das  
 Siegel der englischen Botschaft trage. In dem-  
 selben werden verschiedene Beträge aufgeführt,  
 welche an bestimmte politische Persönlichkeiten,  
 darunter Durdeau, Clemenceau und Rochefort  
 ausgezahlt sein sollen und zwischen 500 und  
 2000 Pfund Sterling schwanken. Diese Mit-  
 theilungen werden mit Wachen, Hohn- und Protest-  
 rufen der ganzen Kammer aufgenommen. Durdeau  
 protestirt energisch; verlangt Beweise (Beifall).  
 Millevoise überzieht dem Präsidenten ein Akten-  
 stück und behauptet, daß dasselbe Schriftstücke  
 eines Beamten der englischen Botschaft enthalte,  
 welcher vor Gericht weitere Mittheilungen machen  
 werde. Maujan bringt sodann eine Tagesordnung  
 ein, in welcher die von der Rednertribüne herab-  
 vorgebrachten Beschuldigungen als gehässige und  
 lächerliche Verleumdungen gebrandmarkt werden  
 und dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben  
 wird, daß die Kammer einstimmig die auf der  
 Rednertribüne verlesenen Schriftstücke verurtheile.  
 Millevoise legt gegen die Tagesordnung Verwah-  
 rung ein und erklärt, daß er sein Mandat nicht  
 niederlege, um vor Gericht frei erscheinen zu können.  
 Mehrere Deputirten, darunter Costelin und  
 Bares trennen sich ostentativ von ihren Partei-  
 genossen und fordern, daß dieselben ihre Mandate  
 niederlegen. Durdeau und Clemenceau befrachten  
 die Tagesordnung Maujan, welche darauf un-  
 ter lebhaftem Beifall der ganzen Kammer mit  
 382 gegen vier Stimmen angenommen wurde.  
 Darauf brachte Dubois den Generalbericht über  
 das Budget ein. Die Sitzung wurde alsdann  
 aufgehoben.

### Paris, 22. Juni. Heute Nachmittag fand

in den Geschäftsräumen des „Journal“ „Cocarde“  
 eine Hausung statt. Das Blatt hält an der  
 Authentizität der in seinem Besitze befindlichen  
 Papiere fest.

### Italien.

Rom, 22. Juni. Die Kammer hat in ihrer  
 heutigen Sitzung das Budget des Ackerbau-  
 ministeriums genehmigt.

### Dänemark.

Kopenhagen, 22. Juni. Der König und  
 der Kronprinz begaben sich am Dienstag Nach-  
 mittag, die Königin am Mittwoch Nachmittag  
 nach Esbjerg, von wo aus sodann bei günstigem  
 Wetter am Donnerstag, den 29. d., Morgens die  
 Abreise nach England erfolgt.

### Großbritannien und Irland.

Bekanntlich weigerte sich das Unterhaus, eine  
 Sitzung an dem Tage, an dem das Derby-  
 Pferderennen stattfand, zu veranlassen. Dieser Um-  
 stand giebt dem in Boston erscheinenden „Herald“  
 zur folgenden Betrachtung Veranlassung:

Die Weigerung des Hauses der Gemeinen,  
 am Derby-Tage eine Sitzung anzusetzen, giebt  
 viel über die veränderten Bedingungen des en-  
 glishen Lebens zu denken. Wäre in vergangenen  
 Zeiten einem englischen Gentleman die Gelegen-  
 heit entzogen worden, beim nationalen Sport in  
 Epium anwesend zu sein, so würde das eine Ver-  
 leugnung des englishen Geistes gleich gehalten  
 worden sein. Es ist ersticklich, daß England ernst  
 geworden ist. Seine Suprematie ist im Wanken  
 geworden. Seine Märkte werden durch die Kon-  
 kurrenz durchdröhert. Selbst seine heimischen In-  
 dustrien werden durch fremde Mitbewerber an die  
 Wand gebracht. Das Geld ist knapp, die Ar-  
 muth drückt mehr und mehr und das Volk be-  
 findet sich in einer nachdenkenden und nicht in  
 einer heiteren Stimmung.“

London, 22. Juni. Unterhaus. Gladstone  
 erklärte, daß die fürzlich in der Bilanzierung des  
 irischen Staatshaushalts vorgenommenen Ver-  
 änderungen keine großen Veränderungen des  
 finanziellen Paragrafen der Homerule-Bill ver-  
 anlaßt haben würden, aber die Situation der  
 Bill habe die Regierung zu der Erwägung veran-  
 laßt, wie die Finanzvorlage vermindert und  
 vereinacht werden könne. Die finanziellen Para-  
 graphen seien demgemäß folgendermaßen umge-  
 bildet worden. Erstens sei beabsichtigt, einen  
 Zeitraum von sechs Jahren für die finanziellen  
 Arrangements festzusetzen; während dieser sechs  
 Jahre werde der Plan wesentlich von dem ur-  
 sprünglichen verschieden sein. Nämlich während  
 dieser Zeit solle die irische Legislative keine Be-  
 fugnisse besitzen, die in dem jetzigen Steuersystem  
 unbegründeten Steuern festzusetzen, zu verwalten  
 oder zu erheben. Zweitens werde Irland die  
 Befugnis gegeben, neue Steuern für sich selbst  
 einzuführen. Drittens habe Irland zur Reichs-  
 kasse ein Drittel seiner bezugsfähigen Einkünfte  
 beizuführen und außerdem den Ertrag einer

